

Stand: 16.06.2026 15:05:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8673

"Nein zum Kampf gegen das Erdgas - Versorgung der bayerischen Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8673 vom 28.10.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9713 des WI vom 27.01.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 05.02.2026
5. Beschluss des Plenums 19/11524 vom 15.04.2026
6. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Nein zum Kampf gegen das Erdgas – Versorgung der bayerischen Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für folgende Ziele einzusetzen:

- Erdgasimporte
 - Aufhebung aller Sanktionen gegen wesentliche Lieferländer von Erdgas
 - keine Einführung von Importverboten für Erdgas aus Drittstaaten
 - Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) sowie der Corporate Sustainability Due Diligence Richtlinie (CSDDD)
- Erdgaspreise
 - Abschaffung oder Aussetzung des EU-Emissionshandelssystems (ETS I) sowie des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG)
 - Senkung der Energie- und Umsatzsteuersätze auf das EU-Mindestmaß
- Erdgasinfrastruktur
 - Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und des Wärmeplanungsgesetzes, die Abschreibungen im Gasnetz erzwingen

Begründung:

Mit der Umsetzung der REPowerEU-Roadmap verschärft die Europäische Union den politischen Druck auf die Mitgliedstaaten, russisches Erdgas vollständig zu ersetzen. Am 20. Oktober 2025 verabschiedete der EU-Rat eine Verordnung, die ab 1. Januar 2026 neue Importverträge für russisches Erdgas – sowohl Pipeline- als auch Flüssigerdgas (LNG) – verbietet. Kurzfristige Verträge dürfen nur bis Mitte 2026, langfristige bis spätestens Januar 2028 laufen. Am 23. Oktober 2025 beschloss die EU zudem im Rahmen des 19. Sanktionspakets ein schrittweises Verbot des Imports russischen LNGs mit vollständigem Inkrafttreten ab Januar 2027. Ungarn und die Slowakei warnten im Vorfeld vor erheblichen Risiken für ihre nationale Energiesicherheit und forderten längere Übergangsfristen sowie Ausnahmen für Binnenländer. Serbien kritisierte das Vorgehen der EU aufgrund seiner Transitabhängigkeit und wies auf drohende Versorgungsengpässe hin.

Im Jahr 2024 stammten rund 19 Prozent der Erdgasimporte der EU aus Russland, weitere 19 Prozent aus den USA und 19 Prozent aus Katar. Im Zeitraum von Januar bis Juli 2025 kamen 44 Prozent der deutschen Erdgasimporte direkt oder indirekt aus den Vereinigten Staaten, die 96 Prozent der LNG-Lieferungen nach Deutschland stellen.

Mit dem politisch beschlossenen Ausstieg aus russischem Erdgas und der gleichzeitig drohenden Belastung der Energiepartnerschaften mit den USA und Katar ergibt sich de facto eine gleichzeitige Einschränkung der Gasbezüge von allen drei bedeutenden Lieferländern bis zum Jahr 2027. Diese Entwicklung stellt ein erhebliches Risiko für die Energieversorgungssicherheit in Deutschland und insbesondere in Bayern dar.

In einem gemeinsamen Schreiben vom 27. Oktober 2025 an die Europäische Kommission warnten die Energieministerien der USA und Katars, dass die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) eine „fundamentale Gefahr“ für die Energieversorgung Europas darstelle. Die Richtlinie sieht u. a. extraterritoriale Haftung (Art. 2), verpflichtende Klimatransitionspläne (Art. 22) sowie empfindliche Strafen bis zu fünf Prozent des weltweiten Unternehmensumsatzes (Art. 27) vor. Diese Regelungen könnten die LNG-Lieferungen an die EU erheblich behindern und Investitionen in Energieinfrastruktur hemmen. Die CSDDD soll ab 2027 gelten – exakt ab dem Zeitpunkt, an dem die EU ihre Gasimporte aus Russland endgültig einstellen will. Somit besteht die Gefahr einer gleichzeitigen faktischen Abschneidung Europas von den mitunter den drei wichtigsten Erdgaslieferanten: Russland, USA und Katar.

Die steigenden Erdgaspreise infolge des europäischen Emissionshandels und nationaler Abgaben gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und bayerischen Energieversorgung. Wie bereits in den Dringlichkeitsanträgen der AfD-Fraktion „Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO₂-Abgabe abschaffen!“ (Drs. 19/5004, 18.02.2025) und „Deindustrialisierung durch CO₂-Emissionshandel und Energiewende verhindern“ (Drs. 19/8492, 15.10.2025) ausgeführt, sind die Belastungen durch den EU-ETS und das BEHG untragbar.

Das GEG und das Wärmeplanungsgesetz erzwingen über planwirtschaftliche Vorgaben die schrittweise Abschreibung des Gasnetzes und gefährden so die langfristige Sicherstellung einer bezahlbaren Wärmeversorgung. Die Argumentation hierzu findet sich im Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion „Freie Heizungswahl und günstige Wärmeversorgung statt planwirtschaftlicher Wärmewende! Bayerns Gasnetz erhalten!“ (Drs. 19/1920, 24.04.2024).

Erdgas bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil der bayerischen Energieversorgung. 2024 betrug der Erdgasverbrauch der Industrie rund 24 TWh (ein Drittel des Gesamtbedarfs). Haushalte, Handel und Dienstleistungen verbrauchten 45 TWh (mehr als ein Viertel). 2023 wurden 11 TWh Strom (18 Prozent) aus Erdgas erzeugt; 2024 stammten 58 Prozent der Wärme in Bayern aus Erdgas. 38 Prozent der 6,1 Mio. bayerischen Haushalte heizten 2023 überwiegend mit Gas.

Die Verknappung und Verteuerung von Erdgas hat gravierende Folgen für Industrie und Haushalte: 80 energieintensive Unternehmen fordern Lockerungen im EU-Emissionshandel. 70 Prozent der Betriebe verlagern Investitionen ins Ausland; 31 Prozent auf andere Kontinente, 42 Prozent in andere europäische Staaten. Der Produktionsindex liegt im Jahr 2025 ein Viertel unter dem Vorkrisenniveau. In Bayern gingen rund 100 000 Industriearbeitsplätze in den letzten fünf Jahren verloren. Der Anteil der Haushalte, die mehr als 10 Prozent ihres Nettoeinkommens für Energie aufwenden (Energiearmut), stieg von 14,5 Prozent (2021) auf 43 Prozent (2023). Mit der politisch beschlossenen Abschaltung der Kernkraftwerke steigt die Abhängigkeit von Erdgas weiter an. Eine sichere, bezahlbare und verlässliche Gasversorgung ist daher für Bayern von zentraler Bedeutung.

Die AfD-Fraktion fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine sichere und bezahlbare Erdgasversorgung einzusetzen, den Wegfall zentraler Lieferländer zu verhindern, übermäßige Belastungen durch Abgaben und Emissionshandel abzubauen und die bestehende Erdgasinfrastruktur zu erhalten.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/8672 mit 19/8674 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/8673

Nein zum Kampf gegen das Erdgas - Versorgung der bayerischen Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Josef Lausch**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 36. Sitzung am 27. November 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 38. Sitzung am 27. Januar 2026 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Haus zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
 EU-Justizbarometer 2025
 COM(2025) 375 final
 BR-Drs. 578/25
 Drs. 19/8684, 19/9840

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im nichtlegislativen Verfahren die auf Drs. 19/9840 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
 Eignungsprüfung der Digitalvorschriften –
 Überprüfung der kumulativen Auswirkungen der EU-Digitalvorschriften
 19.11.2025 - 11.03.2026
 Drs. 19/9194, 19/9839

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
 Drs. 19/9839 veröffentlicht Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung vorantreiben!
Demokratie am Arbeitsplatz stärken!
Drs. 19/8501, 19/9685 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nein zum Kampf gegen das Erdgas – Versorgung der bayerischen
Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen!
Drs. 19/8673, 19/9713 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Biotechnologie-Regulierung modernisieren – Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern
Drs. 19/8720, 19/9710 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Christin Gmelch, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Verschärfter EU-Klimaschutz darf nicht zulasten der Bauern gehen: Schutz der bayerischen Landwirtschaft vor steigenden Düngemittelpreisen und übermäßigen Düngeauflagen!
Drs. 19/8795, 19/9686 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Petra Högl u.a. CSU
Verbandsklagerecht reformieren, Betroffenheiten regionalisieren!
Drs. 19/8800, 19/9810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weniger Bürokratie – mehr Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Geoschutzverordnung
Drs. 19/8812, 19/9687 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Austauschnetz zum Monitoring und Management der Asiatischen Hornisse (*Vespa velutina*)
Drs. 19/8883, 19/9688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD
Anhörung zu den Auswirkungen der Entwaldungsverordnung auf die bayerische Forstwirtschaft
Drs. 19/8974, 19/9689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft
Drs. 19/8977, 19/9690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der Fußball ist sicher – Schluss mit Populismus,
Ja zu Fankultur und Fanprojekten
Drs. 19/9052, 19/9797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/8673, 19/9713

Nein zum Kampf gegen das Erdgas – Versorgung der bayerischen Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Oskar Lipp

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Steffen Vogel

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Josef Lausch

Abg. Florian von Brunn

Abg. Andreas Winhart

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe daher den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Nein zum Kampf gegen das Erdgas - Versorgung der bayerischen Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen! (Drs. 19/8673)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Fortsetzung folgt. Wir bleiben beim Thema. Im vorliegenden Antrag, den Sie mit Sicherheit gelesen haben oder auch nicht, geht es um die günstige Versorgung mit Erdgas für unsere Industrie und unsere Haushalte. Den Antrag haben wir bereits vor einem halben Jahr gestellt. Dieser wurde Ende November 2025 im Wirtschaftsausschuss behandelt. Seitdem hat sich die Situation nicht nur verändert, sondern leider dramatisch verschlechtert.

Seitens des Ministeriums wurde uns damals Panikmache vorgeworfen. Zum Glück kam es bei uns im letzten Winter infolge der leeren Erdgasspeicher zu keiner größeren Krise, da es nur Preissteigerungen und keine kalten Wohnungen oder Ähnliches gab. Aber durch die aktuelle Krise im Nahen Osten müssen wir schauen, wie es weitergeht. Es haben sich nicht nur die Preise für Erdöl und Erdgas verteuert, sondern es gibt auch Einschränkungen hinsichtlich der Verfügbarkeit. Das heißt, wir müssen sicherstellen, wie wir unsere Erdgasspeicher befüllen können. Zum Glück haben wir aktuell noch keinen physischen Versorgungsengpass bei Benzin oder Diesel in Deutschland.

Die Forderungen des Antrags sind die Nichteinführung von Importverboten für Erdgas aus Drittstaaten sowie die Aufhebung von Sanktionen gegen Lieferländer von Erdgas.

Diese Forderungen sind aktueller denn je. Man muss sich fragen, wie man die Versorgung mit Erdgas im Winter sicherstellen will.

Noch einmal kurz zur aktuellen Lage: Wir wissen, dass die EU Erdgas importiert, aber nur etwa 10 % davon aus dem Nahen Osten stammt. Der Wegfall von Exportquellen durch kriegerische Handlungen führt jedoch zu Marktverzerrungen. Es ist also durchaus möglich, dass dies auf dem globalen Markt dazu führt, dass Lieferketten gestört werden bzw. uns andere Länder das Erdgas regelrecht wegkaufen, zum Beispiel asiatische Länder, die von der aktuellen Krise deutlich stärker betroffen sind als wir in Deutschland und Europa.

Deswegen ist es heute wichtiger denn je, den bereits ein paar Monate alten Antrag zu beraten und ihm später auch zuzustimmen; denn wir müssen alle zur Verfügung stehenden Erdgasquellen anzapfen. Wir müssen schauen, dass wir die Versorgungssicherheit gewährleisten. Erneuerbare Energien, die Sie hier immer als die Lösung präsentieren, helfen uns nicht. Es dauert, wenn man es denn umsetzen könnte, Jahrzehnte.

(Florian von Brunn (SPD): So ein Quatsch!)

Damit ist uns nicht geholfen. – Herr von Brunn, das ist kein Quatsch. Sie können sich gerne zu einer Zwischenfrage melden, dann erkläre ich es Ihnen noch einmal.

Zwei wichtige Erdgaslieferanten, nämlich die USA und Katar, haben bereits vor längerer Zeit angekündigt, dass sie ihre Lieferungen in die EU aufgrund des Lieferkettengesetzes überdenken. Uns als AfD bestätigt das in der Kritik am Lieferkettengesetz. Wir fordern: Schaffen Sie dieses Lieferkettengesetz endlich ab, anstatt hier nur kosmetische Änderungen vorzunehmen, um die Bürger zu entlasten, um die Unternehmen zu entlasten, aber auch um Bürokratie abzubauen.

Außerdem fordern wir mit unserem Dringlichkeitsantrag die Senkung von Steuersätzen auf Erdgas. Insgesamt sollte die Politik, also auch Ihre Politik, nicht ideologisch

agieren und Energie künstlich verknappen und sie nicht durch Steuern und Abgaben wie die CO₂-Abgabe verteuern und verknappen. Das führt dazu, dass Energie deutlich teurer wird. Wir haben es vorhin schon gehört: Die Industrie wandert ab, Arbeitsplätze gehen verloren – 10.000 Industriearbeitsplätze jeden Monat. Dadurch geht langfristig Wohlstand verloren. Es hilft nichts, wenn die Leute dann auf einmal im Pflegeheim arbeiten. So etwas wird ja immer gern als Lösung dargestellt. Die Wertschöpfung und der Wohlstand kommen aber aus der Industrie. Wir müssen sie erhalten.

(Beifall bei der AfD)

Wenn uns gleich wieder Moskau-, Russland- oder Putinfreundlichkeit unterstellt wird,

(Steffen Vogel (CSU): So ist es!)

sage ich: Das stimmt nicht. Sie dagegen ruinieren unser Land. Deutschland importiert Erdgas aus Indien, das oftmals aus Russland stammt, aber zum fünffachen Preis.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das sind Fakten, das muss man einfach mal sagen.

Wessen würden Sie dann die EU-Kommission bezichtigen? Würden Sie sie auch als "russlandfreundlich" bezeichnen? Sie hat nämlich erst vor ein paar Tagen eingesehen, dass die Sanktionspolitik gegen die Realität prallt. So ist der Plan für ein vollständiges Importverbot russischen Öls auf unbestimmte Zeit verschoben. Das kommt von Ihrer Ursula von der Leyen in Brüssel. Deshalb sage ich: Stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu. Gehen Sie noch einmal in sich.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Steffen Vogel für die CSU-Fraktion.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über 100.000 tote ukrainische Soldaten. Wir gehen davon aus, dass es über 300.000 tote russische Soldaten sind. Wir gehen von Sachschäden allein in der Ukraine in der Größenordnung von 500 bis 600 Milliarden Euro aus, was allein zum Wiederaufbau notwendig ist. Wir reden von schwersten Kriegsverbrechen. Wir reden davon, dass über 20.000 Kinder nachweislich aus ihren Familien herausgerissen und rechtswidrig nach Russland verschleppt wurden. Sie werden ihre Eltern höchstwahrscheinlich nie wiedersehen! Man muss der AfD für so einen Dringlichkeitsantrag fast dankbar sein, weil er das wahre Gesicht der fünften Kolonne von Wladimir Putin zeigt;

(Zurufe von der AfD)

denn die AfD steht für Geschäfte mit Kriegsverbrechern und Kriegstreibern!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Wir dagegen haben Herz. Wir haben Rückgrat und Charakter und machen keine Geschäfte mit Kriegstreibern und Kriegsverbrechern!

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Seit 2023 wird Wladimir Putin mit internationalem Haftbefehl vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gesucht. Mit solchen Leuten wollen Sie Geschäfte machen?

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Vielen Dank für Ihren Dringlichkeitsantrag. Sie enthüllen mit diesem Dringlichkeitsantrag Ihr wahres Gesicht. Wir stehen dafür: keine Geschäfte mit Kriegstreibern, keine Geschäfte mit Kriegsverbrechern. Deshalb lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Oskar Lipp von der AfD-Fraktion.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Kollege Vogel, ich hätte mir von Ihnen als Fachpolitiker schon ein bisschen mehr Expertise gewünscht.

Steffen Vogel (CSU): "Gewünscht" heißt das, Herr Lipp!

Oskar Lipp (AfD): Ja, sehr schön.

Steffen Vogel (CSU): Ich sag es ja nur! Ich hätte mir von Ihnen als bayerischem Abgeordneten mehr Kenntnis gewünscht!

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bitte keine Zwiegespräche.

Oskar Lipp (AfD): Es ist an dieser Stelle wurscht, wie es heißt, ob "gewünscht" oder wie auch immer.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Auf alle Fälle wäre es wünschenswert gewesen, wenn Sie das noch ein bisschen mehr im Detail ausgeführt hätten. Jetzt haben Sie noch einmal eine Minute Redezeit, um inhaltlich darauf einzugehen und nicht immer nur zu sagen "russlandfreundlich" usw. Wer war das damals in der Union? Sie sind ja auch in der CSU. Wer hat damals die ganzen Deals mit Moskau usw. gemacht?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das war vor dem Krieg! – Michael Hofmann (CSU): Das war vor dem Krieg!)

Das waren Sie. Fürs Protokoll: Sie sind also dagegen, dass Deutschland oder Bayern generell irgendwelche Handelsbeziehungen mit irgendwelchen – ich nenne sie mal – Autokratien unterhält. Was ist mit afrikanischen Staaten? Brauchen wir keine Rohstoffe mehr?

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Anscheinend brauchen wir die ja schon für die ganzen Windräder. Kein Handel mehr mit China usw. Dann dürften wir weltweit keinen Handel mehr mit wahrscheinlich über der Hälfte aller Länder der Welt treiben. Dann dürften wir auch keine Autos mehr exportieren, nichts mehr.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Steffen Vogel (CSU): Herr Kollege Lipp, es erschüttert mich, dass Sie die Kriegsverbrechen von Wladimir Putin als Autokratie – –

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Sie sagen ernsthaft: "Wo ist das Problem?", und "Dann dürften wir mit keinem anderen mehr ..." Erzählen Sie das mal bitte den Eltern dieser 20.000 verschleppten Kinder! Das erzählen Sie bitte mal den Müttern dieser Kinder. Oder sagen Sie das den Kindern dieser 100.000 Väter, die im Krieg in der Ukraine ihr Leben gelassen haben! Das erzählen Sie ihnen mal. Das ist Ihr Wertefundament!

(Zurufe von der AfD)

Wir stehen dazu: keine Geschäfte mit Kriegsverbrechern und Kriegstreibern! Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Unfassbar! Unfassbar!

(Oskar Lipp (AfD): Was ist mit den anderen Ländern? – Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD) – Gegenruf des Abgeordneten Steffen Vogel (CSU))

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD) – Gegenruf des Abgeordneten Steffen Vogel (CSU))

Bei dem Antrag lässt die AfD tatsächlich ihre Maske fallen. Man hört ja auch noch, wie die Debatte in den hinteren Reihen noch weitergeht.

(Zurufe von der AfD – Gegenruf des Abgeordneten Steffen Vogel (CSU))

Anscheinend ist ein Befehl aus Moskau bei Ihnen wirklich angekommen, diesen Dringlichkeitsantrag zu stellen: Die Sanktionen gegenüber Russland sollen komplett aufgehoben werden, russisches Erdgas soll wieder fließen. – Ihnen ist es komplett egal – mein Vorredner, Kollege Vogel, hat es gesagt –, ob es sich um einen Kriegsverbrecher handelt oder wen auch immer. Ihnen ist egal, woher das Öl oder Gas kommt. Putin ist für diesen Krieg verantwortlich. Nach aktuellen Schätzungen sind mittlerweile 1,8 Millionen Menschen in diesem Krieg gestorben. 1,8 Millionen Menschen hat er auf dem Gewissen! Das ist Ihnen ganz egal. Das wischen Sie einfach weg und sagen: Hauptsache billiges Öl und Gas, damit unsere Pläne aufgehen.

Ihr Plan ist es, uns noch weiter in die Abhängigkeit zu treiben. Dabei machen wir nicht mit. Sie sind gegen jede Windkraftanlage, gegen jede Solaranlage. Sie sind gegen alles und wollen uns immer tiefer in die Kostenfalle treiben. Wir sagen ganz klar: Nein! Ich freue mich, dass wir demokratischen Parteien hier im Parlament alle an einem Strang ziehen. Wir lassen Ihnen diese Anträge und diese Argumentation nicht durchgehen. Es ist wirklich abscheulich, wie Sie hier argumentieren. Ich kann nur sagen: Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß nicht, ob das bei der AfD ein Realitätsverlust oder ein Fetisch ist oder so etwas. In der Überschrift des Dringlichkeitsantrags heißt es: "Nein zum Kampf gegen Erdgas". Ich wüsste nicht, dass jemand in der Bayerischen Staatsregierung einen Kampf gegen Erdgas führt.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Ich habe heute am frühen Nachmittag mit der Bürgerinitiative gegen die Erdgasbohrung in Reichling eine Besprechung gehabt. Die Bürger haben tatsächlich Bedenken. Wir müssen uns rechtfertigen und uns dafür einsetzen, dass wir bayerisches Erdgas fördern. Das ist also das Gegenteil von einem "Kampf gegen Erdgas". Wir führen auch einen Kampf für Biogas. In bestimmten Bereichen treten fossile Energieträger wieder in ein gewisses Lobbytum ein; mehr möchte ich dazu nicht sagen. Russland ist tatsächlich kein verlässlicher Partner mehr. Wer ernsthaft fordert, sich wieder von billigem Erdgas abhängig zu machen, gefährdet unsere bayerische Versorgungssicherheit. Das ist das Gegenteil von Patriotismus.

Ich will jetzt gar nicht näher auf die Ausführungen meiner Vorredner eingehen, aber wenn Sie abstreiten, Russlandfreunde oder Putinfreunde zu sein, dann ist es schon fast witzig, wenn der Landesverband der AfD aus Sachsen-Anhalt fordert, an Schulen wieder russischen Sprachunterricht einzuführen. Das spricht Bände. In einem vorherigen Antrag wurde gefordert, Links- und Rechtsextremismus zu bekämpfen. Die SED hat in der DDR den verpflichtenden Russischunterricht eingeführt. Anscheinend macht das Hufeisen wieder den Bogen. Kommt die AfD an die Macht, dann dürfen wir wieder Russisch lernen.

(Andreas Winhart (AfD): Bald ist es so weit, Sepp!)

– Wollen wir es nicht hoffen. Lieber halten wir Bairischunterricht. – Der Konflikt in der Golfregion zeigt, wie gefährlich es ist, sich dauerhaft und einseitig auf fossile Energieträger zu stützen. Erdgas dient bei uns tatsächlich als Brückentechnologie, um die Versorgungssicherheit und die Industrie in Bayern und Deutschland zu sichern. Aber auch der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet voran, und das ist gut so.

Die AfD-Fraktion fordert, das Lieferkettengesetz abzuschaffen. Die Bayerische Staatsregierung setzt sich hier bereits aktiv für praxisnahe Verbesserungen ein. Das Lieferkettengesetz ist tatsächlich in weiten Teilen zu kritisieren, aber eine komplette Abschaffung wäre vermutlich genauso verkehrt. Wir arbeiten längst daran. Die AfD ist dagegen nur an Schlagzeilen interessiert.

Die Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes ist eine ähnliche Forderung. Auch hier sehen wir starken Verbesserungsbedarf. Aber eine komplette Abschaffung wäre hier verantwortungslos, da dieses Gesetz in Teilen zielführend ist, aber eben nicht in allen.

Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist der Ausbau von heimischen Energien, mehr Wertschöpfung in der eigenen Region, weil man sich nicht wie Katar eine Fußball-WM kaufen kann, und weniger Abhängigkeit von Importen. Bayern muss energietechnisch autark werden. Die AfD fördert und fordert für Bayern Rückschritt und Abhängigkeiten vom Ausland. Die Bayerische Staatsregierung setzt dagegen auf Verantwortung, Realitätssinn und Zukunftsfähigkeit. Deshalb ist es selbstverständlich eine Pflicht, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Oskar Lipp vor.

Oskar Lipp (AfD): Herr Kollege Lausch, nur eine Frage: Sie sind gerade nur auf Russland und heimische Energien eingegangen. Wie sieht es denn mit den Steuern auf Energie oder Erdgas aus, auf die sich der Antrag bezieht? Wie sehen Sie das?

Eine weitere Frage: Sie haben gesagt, seitens der Staatsregierung gebe es keinen Kampf gegen das Erdgas. Wie kann man dann die CO₂-Abgabe bewerten und die Tatsache, dass die Staatsregierung im Bundesrat keine Initiative zur CO₂-Abgabe eingebracht hat, sondern nur deutlich gemacht hat, dass sie einen Anteil aus den daraus resultierenden Steuereinnahmen haben möchte? Sie hat aber keine Initiative gegen die Verteuerung fossiler Energien eingebracht.

Bekanntermaßen sind Sie auch gegen die Kernkraft. Wie sollen wir ohne die Kernenergie in Deutschland zu einer grundlastfähigen Energie kommen? Wie soll das funktionieren?

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Dampfturbinen für heiße Luft von der AfD!)

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Das war eine ganze Latte von Fragen. Zur CO₂-Bepreisung habe ich heute eine Presseerklärung abgegeben, dass wir eine langfristige Aussetzung der CO₂-Besteuerung fordern, nicht nur eine kurzfristige. Auch Herr Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat sich schon mehrfach in diese Richtung geäußert. Die Technologie der Batteriespeicher entwickelt sich rasant. In wenigen Jahren werden wir so weit sein, dass wir mit den erneuerbaren Energien grundlastfähig sind. Die Wasserkraft ist zum Beispiel grundlastfähig. Vielleicht fehlen Ihnen hier der technische Horizont, die Fantasie und die Gestaltungsfähigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von der AfD: Wahnsinn!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Es ist schon Wahnsinn, wenn in die Wolle gefärbte Ideologen anderen Ideologie vorwerfen. Das sind die, die die Augen vor der Realität verschließen, wissen-

schaftliche Erkenntnisse leugnen und hier immer mit irgendwelchen Zahlen wie diesen 500 Milliarden hantieren.

Fakt ist, dass wir für mindestens 80 Milliarden Euro pro Jahr fossile Energien importieren. Dieses Geld geht weg. Außerdem fließen bei uns viele Dutzend Milliarden in Subventionen. Aber die Energie-Querdenker von der AfD sind nicht in der Lage, das zu verstehen. Man muss einmal nachvollziehen, wie so ein abstruser Gedankengang zustande kommt: Der Freund der AfD, Herr Putin – –

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Ich fange mit dem anderen Freund an. Der Freund der AfD, Trump, und sein Vizepräsident Vance beginnen den Irankrieg. Es kommt zu einem Öl- und Gasmangel. Aber anstatt daraus schlusszufolgern, dass wir uns von fossilen Energien unabhängig machen müssen, verfällt die AfD wieder auf Putin-Gas.

Es ist interessant und komisch, dass heute deutsche Rechtsextremisten Russland wieder toll finden. Gibt es dann – historische Vorbilder gibt es ja – bald einen Höcke-Putin-Pakt, oder wie müssen wir uns das vorstellen? Karl Marx hat einmal zu Recht gesagt: Geschichte wiederholt sich,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Karl Marx hat nie recht!)

zuerst als Tragödie, dann als Farce. – Ich glaube, das bestätigt sich hier. Herr Kollege Vogel hat schon gesagt, was Sie wollen. Sie wollen das Öl und das Gas von Putin importieren, von Ihrem Freund, von einem Massenmörder, der die Ukraine mit Krieg überzieht. Sie wollen im Grunde diesen Krieg und diese Diktatur finanzieren. Das alles wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Energiewende vorangetrieben wird. Wir wollen Speicher ausbauen, elektrifizieren, E-Mobilität einführen und Fortschritte bei den Wärmepumpen und der Fernwärme. Wir gewinnen Freiheit durch erneuerbare Energien. Wir wollen kein Vasallenstaat von Putin werden, wie die AfD dies möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Winhart für eine Zwischenbemerkung, bitte.

Andreas Winhart (AfD): Ich möchte erst einmal den schallenden Applaus für Herrn von Brunn verklingen lassen.

(Lachen bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Bei uns geht es halt nicht zu wie beim Reichsparteitag.

Andreas Winhart (AfD): Herr von Brunn, wir sprechen heute über den Energiepreis. Sie haben heute wieder über Putin-Gas und über Herrn Putin gesprochen. Das Thema selbst haben Sie nicht angesprochen. Ich habe Sie schon ein paar Mal gefragt, aber Sie haben mir nie eine richtige Antwort gegeben. Vielleicht gelingt Ihnen das heute: Wie geht es eigentlich Herrn Altkanzler Schröder? Was macht der denn so? Ist der noch bei Gazprom? Gibt es zu ihm noch Verbindungen, und können Sie solche Leute überhaupt noch in der SPD halten?

Florian von Brunn (SPD): Sie fragen immer so nett. Ich wollte Sie fragen: Den Applaus, den Sie Ihren Leuten mitgeben, haben Sie sich das von alten Reichsparteitagsfilmaufnahmen abgeschaut? – Aber egal. Das tut jetzt nichts zur Sache.

Ich beschäftige mich nicht mit Gerhard Schröder, das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Gerhard Schröder ist im Grunde schon Geschichte. Was ich aber interessant finde, ist der Umstand, dass Ihre braunen Kameraden immer gerne nach Russland und nach China pilgern. Es gibt da Ermittlungen und Anklagen von Staatsanwaltschaften. Ich würde einfach mal vor der eigenen dreckigen Tür kehren, anstatt über andere zu sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesent-

wicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.